

A-10	GOOD GREEN GLOBAL GOVERNANCE
	AntragstellerInnen: Laura Appeltshauer, Michael Kömm, Co-Pierre Georg, Tim Rauschan, Fritz Marquardt

I.Chancen und Gefahren des globalen Regierens

- Global Governance bedeutet eine Perspektive, wie globale Demokratie strukturiert werden kann.
- 5 Das Konzept wird auch als Weltinnenpolitik oder globale Strukturpolitik bezeichnet, impliziert aber kein festes System von globalen Regierungsstrukturen, sondern einen Mehrebenenansatz. Dabei werden sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure einbezogen. Allerdings gibt es kein festes und eindeutiges System von Global Governance, vielmehr geht es darum welche Akzentuierungen man verstärkt, z.B. welche Bedeutung man den verschiedenen Akteuren und Ebenen zuschreibt.
- 10 Den Begriff „Global Governance“ gibt es zwar erst seit ca. 20 Jahren, in der Praxis gibt es sie jedoch wohl spätestens seit Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), allerspätstens nach dem zweiten Weltkrieg, als z.B. neben den Vereinten Nationen die Bretton Woods Institutionen gegründet wurden. Da das Konzept so offen ist, geht es weniger um das „ob Global Governance oder nicht“, sondern viel mehr um das „wie“. Die GRÜNE JUGEND möchte sich hierzu in der
- 15 Debatte positionieren, ihre Vorstellung von guter, globaler Demokratie darstellen und daraus konkrete politische Forderungen ableiten.

Warum ist Global Governance überhaupt nötig?

- Nach dem Ende des Kalten Krieges sind viele transnationale Probleme ins Bewusstsein der
- 20 internationalen Politik gerückt, die vorher durch die Block-Konfrontation überlagert wurden. Das wohl vordringlichste dieser Probleme ist der drohende Klimawandel. Hierbei wird deutlich wie wichtig es ist, einen globalen Rahmen für die Lösung dieses Problems zu schaffen. Kein einzelner Staat, nicht einmal die USA oder China, wäre in der Lage den Klimawandel zu stoppen. Globale Probleme erfordern globale Lösungen. Durch die letzten Jahrzehnte der Globalisierung wurden
- 25 viele Veränderungen angestoßen. Weltweite Vernetzung, ein globaler Diskursrahmen für Menschenrechte, ein größeres Angebot an Produkten und die wachsende Kommunikationsfreiheit vieler Menschen zählen hierbei zu den positiven Aspekten. Doch es gibt auch eine ganze Reihe von Phänomenen die zumindest kritisch zu betrachten sind, unter anderem transnationale Kriminalität, die teils rechtsfreien Räume für transnationale Konzerne, die Abhängigkeit vieler Menschen von
- 30 globalen Nahrungsmittelmärkten oder das komplexe Geflecht globaler Finanzmärkte - samt ihrer verheerenden Folgen. Das verstärkte auftreten von Phänomenen die durch die Globalisierung verursacht werden erzeugt einen natürlichen Konflikt mit der klassisch territorialstaatlich organisierten Politik. Nationale Akteure wie Regierungen, Gewerkschaften, Parteien und kommunale Verwaltung sind immobil, sehen sich jedoch immer häufiger global agierenden
- 35 Akteuren wie Unternehmen oder InvestorInnen gegenüber. In den 1990er Jahren wurde daher das Konzept der Global Governance entwickelt, um den globalen Herausforderungen gerecht werden zu können.

Welche Herausforderungen sehen wir jedoch bei globaler Demokratie:

- 40 Global Governance könnte zu einer Art Global Government ausarten: Politische Macht würde zu sehr zentriert werden, Entscheidungen würden weit weg von dem/r WählerIn getroffen werden, ein erheblicher Verlust von demokratischer Partizipation wäre die Folge.
Ein System des globalen Regierens könnte sich zu stark an den veralteten Formen der Nationalstaaten orientieren. Dabei würde den Menschen nicht die Möglichkeit gelassen selbst zu
- 45 entscheiden, welche lokale/regionale Strukturen sie sich wünschen.
Global Governance könnte Vielfalt und verschiedene Problemlösungen ausschließen und regionale/kulturelle Besonderheiten außer Acht lassen. Dieser top-down Ansatz hieße, dass Entscheidungen zentral getroffen werden und weltweit umgesetzt werden müssen.
- 50
- Diesen Bedenken tragen wir Rechnung, indem wir klare Prinzipien des globalen Regierens formulieren:
Das Subsidiaritätsprinzip muss zentral verankert sein. Dies bedeutet eine weitgehende Regionalisierung, Politik muss so nah wie möglich bei den Menschen gestaltet werden. Hierfür ist
- 55 selbstverständlich eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den Entscheidungsebenen nötig.
Demokratische Kontrolle, Transparenz, Partizipation, Gleichberechtigung sind grundlegende Prinzipien unserer Auffassung Globalen Regierens. Ihnen muss auf allen Ebenen und in jeglichen Entscheidungsprozessen Rechnung getragen werden. Weiterhin müssen Menschenrechte, Völkerrecht und Minderheitenschutz garantiert sein.
- 60 Global Governance muss auf gleicher Augenhöhe zwischen den Staaten stattfinden. Von paternalistischen und einseitig liberalisierenden Ansätzen müssen wir uns verabschieden!

II. Die Baustellen der heutigen Global Governance

- 65 Das heutige System der Global Governance ist das mehr oder weniger gute Resultat auf die bisher aufgetreten globalen politischen Institutionalisierungen (insbesondere in Reaktion auf globale Probleme). Die heutige Ausgestaltung dieses Systems des globalen Regierens ist jedoch zum einen an vielen Punkten inkohärent (schon gar nicht gewappnet für zukünftige Herausforderungen) und
- 70 zum anderen aber auch meist weit davon entfernt unseren gerade definierten Prinzipien zu entsprechen.
Daher braucht es eine Reform des heutigen Global Governance Systems, die sich in den folgenden Baustellen zeigt (wobei dies aufgrund der gewünschten Prägnanz dieses Antrags nur fragmenthaft passieren kann):
- 75
- Reform der Vereinten Nationen:**
Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Vereinten Nationen reformiert werden müssen. Der vormalige UN Generalsekretär Kofi Annan hat hierfür in seinem Papier "In größerer Freiheit" im März 2005 eine Reihe konkreter Vorschläge erarbeitet. Hierzu gehörte unter anderem auch eine
- 80 Reform des Weltsicherheitsrates um Blockadesituationen, wie wir sie in der Vergangenheit immer wieder erlebt haben, zu überwinden. Das bisherige System der fünf ständigen Mitglieder, die ein Veto-Recht für Entscheidungen im Weltsicherheitsrat haben, hat sich in der sich wandelnden,

Der Eigentumskongress

85 multipolaren Welt überlebt. Ganz grundsätzlich muss man festhalten, dass diese Struktur des
heutigen Weltsicherheitsrates absolut undemokratisch ist, da wenige Staaten die Privilegien eines
Vetorechts machtpolitisch für sich ausnutzen können, während andere Staaten nicht einmal die
Möglichkeit haben angemessen in diesem Gremium repräsentiert zu werden. Daher fordert die
GRÜNE JUGEND, dass eine langfristige Reform des Weltsicherheitsrats das Vetorecht abschaffen
und die politische Repräsentanz auf Basis der regionalen Verteilung der Weltbevölkerung gestalten
muss. Ein Schritt in diese Richtung könnte darin bestehen, das bisherige Vetorecht der ständigen
90 Mitglieder durch ein kombiniertes Vetorecht von mindestens zwei ständigen Mitgliedern in einem
um weitere ständige Mitglieder erweiterten Weltsicherheitsrat zu ersetzen. Die
Generalversammlung sollte sich nach Meinung der GRÜNEN JUGEND nicht aus den
nationalstaatlichen - teils undemokratisch gewählten - Exekutiven zusammensetzen, sondern ein
Vernetzungsgremium von ParlamentarierInnen werden. Die Interparlamentarische Union könnte
95 beispielsweise zu einem solchen Gremium weiterentwickelt werden. Weiterhin dürfen die
Resolutionen der Generalversammlung nicht nur empfehlenden Charakter haben, das Völkerrecht
darf nicht lediglich von einem exklusiven Sicherheitsrat verabschiedet werden! Der Vorschlag Kofi
Annans, den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) zu reformieren und aufzuwerten, geht aus
unserer Sicht in eine richtige Richtung. Als GRÜNE JUGEND sprechen wir uns für eine
100 Erweiterung hin zu einem UNESEC (United Nations Environmental Social and Economic Council)
aus. Hier soll die regionenübergreifende Politikkoordination stattfinden. Die Mitglieder sollen
ebenfalls nach Regionalproporz gewählt werden, die kein Vetorecht besitzen sollen. Der Rat soll für
eine stärkere Kohärenz innerhalb der politischen Arbeit sorgen, indem er die Arbeit der einzelnen
UN-Unterorganisationen stärker koordiniert. Wichtig ist auch auf dieser Ebene die Einbindung der
105 Zivilgesellschaft. Doch das Phänomen von zerfallenen und zerfallenden Staaten, sowie das
Auftreten nicht-staatlicher Akteure auf der Weltbühne - internationale TerroristInnen,
multinationale Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen um nur einige zu nennen -
schwächen die Souveränität der Nationalstaaten immer weiter. Das Konzept der Nationalstaaten
wird den vielfältigen Anforderungen einer multipolaren Welt nicht mehr in der Weise gerecht, dass
110 es für die BürgerInnen zur größten Sicherheit oder zum größten Wohlstand führt. An die Stelle der
Vereinten Nationen, die sich aus VertreterInnen der Nationalstaaten zusammensetzt, muss auf
lange Sicht ein System treten, dass sich aus den gewählten VertreterInnen einzelner Regionen und
deren Organisationen zusammensetzt.

115 **Perspektiven für Regionalorganisationen:**

Trotz der großen Bedeutung für die Universalität der Vereinten Nationen, kommt den regionalen
Institutionen wie der Europäischen Union oder der Afrikanischen Union weiterhin eine wichtige
Rolle in einem Global Governance System zu. Sie sind es, die translokale Interessen und Probleme
behandeln, die zwar nicht global aber dennoch translokal geregelt werden sollen. Hierzu könnten
120 soziale Sicherungssysteme, regionale Wirtschaftssysteme für regionalen Handel und Transportwege
gehören. Nichtsdestotrotz muss es den Menschen jeder Region selbst überlassen bleiben welches
Maß an Integration sie möchten und in welchen Bereichen. Zum Funktionieren dieser Ebene
müssen regionale Organisationen jedoch ihre Effizienz steigern und ihre demokratische Legitimität
erhöhen. Außerdem ist es unerlässlich, dass die Regionalorganisationen sich als gleichberechtigte
125 Partnerinnen akzeptieren und Hierarchien abgebaut werden. Eine "westliche" Dominanz im

130 Zusammenspiel der Regionen lehnt die GRÜNE JUGEND strikt ab. Zudem müssen die Menschen die Möglichkeit haben, das veraltete Konstrukt der Nationalstaaten aufzugeben und eigene und angepasste Strukturen der trans-/lokalen Vernetzung zu zulassen. Hier sehen wir als GRÜNE JUGEND das Subsidiaritätsprinzip, also die Organisation auf der kleinstmöglichen Ebene am besten gewährleistet. Physische Grenzen zwischen diesen Subregionen müssen abgeschafft werden, so dass jeder Mensch das freie Recht hat sich den lokalen oder regionalen Gemeinschaften zuzuordnen, die er für sich am angenehmsten erachtet. Somit wird auch der Begriff „international“ obsolet werden, da das soziale Konstrukt der Nation sich in seine verschiedenen Identitäten auflösen wird.

135

Gipfelarchitektur vs. Koalitionen der Willigen:

In den letzten Jahren hat sich aufgrund des Reformunwillens einiger Staaten die UN selbst blockiert und es hat sich zur globalen Problemlösung eine diffuse Gipfelarchitektur herausgebildet, in der sich insbesondere die G8 als Weltregierung inszeniert. Die G8 sind dabei ein Anti-Beispiel für Good-Governance: sie sind absolut intransparent, nicht demokratisch legitimiert (zumindest für den globalen Anspruch, den sie behaupten), paternalistisch anderen Staaten gegenüber, die nur zum Fotoshooting kommen dürfen, und sie sind ausschließend gegenüber anderen interessierten Staaten. Daher lehnt die GRÜNE JUGEND derartige exklusive, intransparente, paternalistische Clubs ab und fordert einen ernst gemeinten Einsatz für eine nachhaltige Reform der Vereinten Nationen. Die Regionen müssen sich aktiv verpflichten die Vereinten Nationen als globales Dialog- und Politikforum anzuerkennen und einen konsequenten UNOlateralismus betreiben, wonach alle politischen Initiativen von globalem Ausmaß möglichst innerhalb des Systems der Vereinten Nationen behandelt werden. Dies bedeutet jedoch nicht, die Bedeutung von bilateralen Initiativen und Diskussionsforen zu vernachlässigen. Sie müssen jedoch an konkreten Projekten orientiert und zeitlich begrenzt sein, Transparenz beweisen und offen gegenüber weiteren Interessierten sein. Diese „Koalitionen der Willigen“ dürfen nicht allein negativ konnotiert sein, denn sie können als VorreiterInnen fungieren, um globale Initiativen innerhalb der UN zu starten, trotz der Blockade einiger UN Mitgliedsländer. Ein gutes Beispiel wäre hierfür das Kyoto Protokoll: trotz des Blockierens bedeutender CO2 EmittentInnen wurde durch diese Initiative ein erster Schritt hinsichtlich globalen Klimaschutz begonnen, in die jetzt ehemalige BlockiererInnen in die laufenden Verhandlungen zu einem Nachfolgeabkommen des Kyoto Protokolls integriert werden.

Global Economic Governance:

160 Ökonomie, Soziales und Ökologie sind keine zwangsläufigen Widersprüche. Um Fortschritt und Wachstum jedoch nachhaltig auszugestalten braucht es klare Leitplanken für die ökonomische Entwicklung. Wenn die Welthandelsorganisation (WTO) nicht weiter an Legitimität bei den BürgerInnen der Welt verlieren möchte, muss sie durch ihre globale Regelsetzung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, wirtschaftlichen Fortschritt umweltverträglich und sozial zu gestalten. Einem blinden Freihandelsdiktat von multi- und bilateralen Handelsabkommen erteilt die GRÜNE JUGEND eine klare Absage. Vielmehr muss bei Handelsliberalisierungen sicher gestellt sein, dass mit Hilfe von sozialen, politischen und legislativen Institutionen die soziale und ökologische Sicherheit bei internationalem Handel gewährleistet ist. Ganz grundsätzlich müssen alle Staaten das Recht haben selbst zu entscheiden, wo und wie viel sie sich in den Welthandel einbringen wollen.

Der Eigentumskongress

170 Auch muss endlich Schluss sein mit der Ausbeutung natürlicher Rohstoffe, ohne die dadurch
entstehenden externen, ökologischen und sozialen Kosten zu berücksichtigen. Hier braucht es
verbindliche Standards, durch die Kosten internalisiert und Konfliktökonomien verhindert werden
können. Der Internationale Währungsfonds (IWF) spielt eine besondere Rolle für die Stabilität und
die Gestaltung des internationalen Finanzsystems. Gleichzeitig jedoch ist der IWF eine extrem
175 undemokratische Organisation, da sich das Stimmrecht eines Landes dort nach seinem Kapitalanteil
richtet. Auch der ungerechten und einseitigen Vergabe der Führungspositionen von IWF und
Weltbank muss ein Ende gesetzt werden. Entwicklungs- und Schwellenländer werden hierdurch
systematisch benachteiligt. Dabei sind es gerade diese Länder, die auf eine soziale und ökologische
Ausgestaltung des Finanzsystems angewiesen sind. Um diese Diskrepanz zu verringern, fordert die
GRÜNE JUGEND eine Integration des internationalen Finanzsystems in den UNESOC.
180 Einhergehend damit müssen die paternalistischen Konditionalitäten den SchuldnerInnen des IWFs
gegenüber beseitigt und durch nachhaltige Regelungen ersetzt werden, die es vermeiden sich
alleine auf eine bedeutende globale Währung (wie zur Zeit dem Dollar) zu fixieren, sondern
dezentraler organisiert sind.

185 **Friedenssicherung und Sicherheitspolitik:**

Bereits jetzt ist die Hauptaufgabe des Weltsicherheitsrats die „Wahrung des Weltfriedens und der
internationalen Sicherheit“. Friedenspolitik ist somit eines der zentralen Felder, die auf
internationaler Ebene diskutiert werden müssen. Aktuell sind sinnvolle Lösungen und nachhaltige
Ansätze aber nur schwer zu verwirklichen, da durch das Veto-Recht der fünf ständigen Mitglieder
190 häufig nationale Interessen der Friedenssicherung und den Menschenrechten vorgestellt werden.
Eine Reform des Sicherheitsrats, wie es sich die GRÜNE JUGEND vorstellt, muss dieses Dilemma
zwischen nationaler Blockade-Haltung und Handlungszwang aufgrund von gravierenden
Menschenrechtsverletzungen oder ethnischen Säuberungen lösen. Konkreter fordert die GRÜNE
JUGEND mittelfristig die Auflösung der nationalen Armeen zugunsten der regionalen Ebene (z.B.
195 der europäischen Union). Diese Regional-Armeen sollen unter Aufsicht des reformierten
Weltsicherheitsrats stehen – jedoch nur mit gleichzeitiger parlamentarischer Kontrolle durch das
Weltparlament. Langfristig müssen alle militärischen Strukturen direkt den Vereinten Nationen
unterstellt werden. Die GRÜNE JUGEND setzt sich für eine strikte Einhaltung des Primat der
zivilen und diplomatischen Konfliktlösung ein. Friedenspolitik muss langfristig konzipiert werden,
200 schwelende Konflikte frühzeitig auf die Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft gesetzt
werden. Die GRÜNE JUGEND erhofft sich daraus, dass militärische Einsätze zur Konfliktlösung
langfristig überflüssig werden, robuste Mandate der Vergangenheit angehören werden und die
Regional-Armeen lediglich die Funktion einer „Weltpolizei“ übernehmen müssen.
Selbstmandatierungen durch regionale Organisationen oder Koalitionen ohne UN-Mandat, wie das
205 schon der Fall war darf es nicht geben, sie müssen vom reformierten UN Sicherheitsrat sanktioniert
werden. Auch aus diesem Grunde setzt sich die GRÜNE JUGEND für eine Auflösung der NATO
ein, da sie in einer globalen Sicherheitsarchitektur, die nach den Prinzipien des Völkerrechts, der
Nachhaltigkeit und der multilateralen und zivilen Konfliktlösung ausgerichtet ist, überflüssig wird.

210 **Rolle der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft:**

Eine sehr entscheidende Frage bei der Ausgestaltung eines Global Governance Systems ist die Rolle

215 der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft, deren Übergänge fließend sind und daher
gleichberechtigt behandelt werden müssen. Nach dem Primat der demokratischen Repräsentation
haben staatliche Institutionen die grundsätzliche Verantwortung zur Einhaltung von Recht und
Gesetz, insbesondere auch der Menschenrechte. Die GRÜNE JUGEND steht daher
Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Akteuren kritisch gegenüber, wenn sie auf
absolut gleicher Ebene passieren sollen, da eine derartige Partnerschaft auf Augenhöhe impliziert,
dass z.B. das Geld der Unternehmen genauso viel wert ist wie demokratische Legitimation von
Staaten. Zudem darf es nicht sein, dass Menschen in ihren Grundbedürfnissen auf die Gunst von
transnationalen Unternehmen oder NGOs abhängig sind – hier muss der Staat seiner
Verantwortung nachkommen und darf diese nicht dem angeblichen Gutmenschentum von
UnternehmerInnen überlassen. Die zunehmenden Deregulierungen und Privatisierungen auf
internationaler Ebene haben zu oft zur Folge, dass menschliche Grundbedürfnisse unerschwinglich
werden. Des Weiteren betrachtet es die GRÜNE JUGEND als kritisch, wenn NGOs ihre mediale
Macht missbrauchen und mit ungeprüften Informationen einseitig Stellung beziehen oder Lobby-
Politik betreiben. Nichtsdestotrotz erkennen wir an, dass zivile Akteure eine wichtige Rolle spielen
in gesellschaftlichen Prozessen und es daher klare Freiräume für zivilgesellschaftliches Handeln
braucht, insbesondere auch da, wo der Staat versagt. Dabei müssen jedoch die Grundprinzipien der
Rechenschaftspflicht und Transparenz eingehalten werden. Gerade in den Bereichen Humanitäre
Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit generieren sich viele Akteure medial als Gutmenschen,
ohne dass sie die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen. Daher braucht es klare Kriterien für
zivilgesellschaftliches Engagement, die zum einen die Freiräume definieren, zum anderen aber auch
die damit einhergehende Verantwortung festschreiben. Freiwillige Unternehmensverantwortung
(sog. Corporate Social Responsibility) ist ein guter erster Schritt, um Umwelt und Sozialstandards in
die globalen Wertschöpfungsketten einzuführen. Dabei darf man aber nicht stehen bleiben, denn
fundamentale Menschenrechte wie die ILO Kernarbeitsnormen oder Umweltrechte dürfen nicht
vom Wohlwollen von Konzernen abhängig sein. Die GRÜNE JUGEND spricht sich daher dafür aus,
im Sinne einer Corporate Accountability die Unternehmen zur Rechenschaft zu ziehen und globale,
sanktionsfähige Umwelt und Sozialstandards einzuführen.

240

III. Kurzfristige Herausforderungen:

245 Neben den skizzierten Reformvorschlägen und Leitbildern, ist es wichtig, weitere kurzfristige
Vorschläge zu erarbeiten, mit denen die aktuelle Situation der Vereinten Nationen verbessert
werden kann. Der Weltsicherheitsrat als Eliteclub der Siegermächte muss dringend erweitert
werden. Im Gespräch für einen ständigen Sitz waren unter anderem Japan und Deutschland. Ziel
der Deutschen Aussenpolitik sollte aber nicht nur ein deutscher Sitz sein, vielmehr muss ein
ausgewogener Proporz zwischen den einzelnen Weltregionen und deren BürgerInnen hergestellt
werden. Wichtig ist insbesondere auch, die finanzielle Abhängigkeit der Vereinten Nationen von
den Nationalstaaten zu reduzieren. Die Ineffizienz der freiwilligen Beitragszahlungen zeigt sich nicht
zuletzt mit trauriger Regelmässigkeit bei den Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen. Hier
herrscht allerorts ein derart großer Geldmangel, dass der politische Wille, welcher durch die
Generalversammlung und den Sicherheitsrat ausgedrückt wurde, de facto nicht umgesetzt werden

Der Eigentumskongress

255 kann. Humanitäre Katastrophen wie die in Ruanda sind die Folge. Hier braucht es eine konsistente Politik, die den Vereinten Nationen eine sichere Haushaltsplanung ermöglicht. Ebenso braucht es effektive interne Wirtschaftlichkeitskontrollen innerhalb der Vereinten Nationen und unabhängige externe Evaluierungen von politischen Projekten. Diese sollte von einer eigens dafür eingerichteten Unterorganisation durchgeführt werden. Sie könnte einen jährlichen Wirtschaftlichkeitsbericht verassen, der es der Weltöffentlichkeit erlaubt auf ihre Regierungen einzuwirken, sollte es in einem Bereich der Vereinten Nationen zu Misswirtschaft kommen. Die GRÜNE JUGEND fordert eine konsequente Bekämpfung von Korruption auch innerhalb der multilateralen Strukturen!

265 Wir als GRÜNE JUGEND haben hiermit unsere Vorstellungen im Sinne einer Good Green Global Governance dargelegt. Darüber hinaus fehlt allerdings eine gesellschaftsweite Debatte über globales Regieren. In Deutschland konnten wir vor ein paar Jahren lediglich die Diskussion um einen deutschen Sitz im UN-Sicherheitsrat beobachten. Eine ernst gemeinte Reform der Vereinten Nationen sowie der globalen Governance-Architektur muss jedoch Abstand von nationalen Interessen nehmen und auf den Prinzipien der globalen Gerechtigkeit und Solidarität beruhen! Wir fordern die Staatengemeinschaft daher auf, sich für mehr UNOlateralismus im Sinne unserer hier skizzierten Good Green Global Governance einzusetzen!

275 *Für weitere Informationen verweisen die AntragstellerInnen auf die Artikelserie zum Thema Global Governance des Fachforums Europa & Internationales:*

<http://www.gruene-jugend.de/themen/internat/387204.html> (Grundlagen zum Thema Global Governance)
280 <http://www.gruene-jugend.de/themen/internat/387572.html> (zur Global Civil Society)
<http://www.gruene-jugend.de/themen/internat/388156.html> (Failed States und Global Governance)
<http://www.gruene-jugend.de/themen/internat/388703.html> (zur Interparlamentarischen Union und Weltparlament)
<http://www.gruene-jugend.de/themen/internat/389758.html> (zum Verhältnis von
285 Entwicklungsländern und UNO)